

Deutschlandfunk

Feature / Hörspiel / Hintergrund Kultur

Das Feature

„Goldstandard“ oder Etikettenschwindel?

Das Ringen um das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA

Autor: Peter Kreysler

Regie: Matthias Kapohl

Redaktion: Karin Beindorff

Produktion: DLF 2016

Erstsendung: Dienstag, 28.06.2016 , 19.15 Uhr

Autor Stephan Schad

Sprecher Thomas Lang

Übersetzerin 1 Sigrid Burkholder

Übersetzerin 2 Claudia Mischke

Übersetzer 1 Walter Gontermann

Urheberrechtlicher Hinweis

Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf vom Empfänger ausschließlich zu rein privaten Zwecken genutzt werden.

Die Vervielfältigung, Verbreitung oder sonstige Nutzung, die über den in §§ 44a bis 63a Urheberrechtsgesetz geregelten Umfang hinausgeht, ist unzulässig.

Atmo PK: *Kanadische Handels-Ministerin Freeland*

Vielen Dank Herr Minister, ich freue mich, dass Sie alle hier sind. ...Do you understand? (Lachen) That is far as I can go. // Its really a great pleasure to be here.
 // Finally CETA: I am very proud of this agreement.....

Übersetzerin 1:

Verstehen Sie mich? Also gut nun zu CETA: Ich bin sehr stolz auf das Abkommen. Ich glaube, CETA wird der „Gold-Standard“ für zukünftige fortschrittliche Freihandelsabkommen. Alle Linken und alle progressiven Kräfte werden CETA unterstützen! Das Abkommen ist großartig, für die Wirtschaft, für die Umwelt, für die Arbeitsrechte. Also ein vertragliches Denkmal für die Menschen.

O-Ton S. Gabriel, CETA:

Wir haben natürlich geredet auch über das Thema, das viele in Deutschland interessiert: über das europäisch-kanadische Handelsabkommen CETA. Meine persönliche Auffassung ist, dass dieses Abkommen, würden wir es schnell ratifizieren, eine exzellente Messlatte für die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten wäre: darunter geht nichts. Ich könnte mir jedenfalls nicht vorstellen, einem Abkommen wie TTIP zustimmen könnte, ohne dass wir mindestens den Standard einhalten, den wir mit Kanada erreicht haben.

Ansage:

„Goldstandard“ oder Etikettenschwindel?

Das Ringen um das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA

Ein Feature von Peter Kreysler

Autor:

Ein graues gesichtsloses Hotel gegenüber dem Berliner Hauptbahnhof; nur einen Steinwurf vom Wirtschaftsministerium entfernt, sitzt an diesem regnerischen Morgen in der Hotelloobby Maude Barlow, eine kleine zierliche Kanadierin, und lauscht der CETA Pressekonferenz, die gerade im Bundeswirtschaftsministerium stattfindet. Auf dem Bildschirm beglückwünschen sich immer wieder die kanadische Handelsministerin Chrystia Freeland und der deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel zu den Nachverhandlungen zu CETA, dem „Comprehensive Economic and

Trade Agreement“. „Hier ist ein Goldstandard für die Zukunft geschaffen worden“ heißt es von den beiden Ministern, die für den Freihandel mit Kanada die Werbetrommel rühren. Maude Barlow, Trägerin des Alternativen Nobelpreises, schüttelt den Kopf.

O-Ton/Atmo Maude Barlow

„Free trade is just a given! // Free trade always has to be good...“

Übersetzerin 2:

„Freihandel muss gut sein“, das ist für diese Leute scheinbar ein Naturgesetz. Es ist doch erstaunlich, dass unsere neue Handelsministerin Freeland - die sich als kritische Journalistin eigentlich einen Namen gemacht hat und die Welt der Superreichen angeprangert hat - jetzt den Freihandel zu ihrer Werbemission macht ... Sie ist eine richtige Cheerleaderin für Freihandel. Sie glaubt wirklich, dass die Mittelschicht von CETA profitieren wird... ich krieg‘ das nicht zusammen. ... *Why it has to be a model for the world? It really puzzles me!*

Atmo: Hotel Lobby

Autor:

Aber ist CETA wirklich so nützlich wie die Politiker versprechen - und nützlich für wen? Maude Barlow von der NGO „Council of Canadians“ sagt: Das Kanadische Freihandelsabkommen gelte als Blaupause für TTIP - das heftig umstrittene Handelsabkommen der EU mit den USA - und sei von seiner Architektur her durchaus vergleichbar. CETA wurde 5 Jahre lang unter Ausschluss der Öffentlichkeit, im Geheimen verhandelt. Und erst jetzt im Sommer 2016 werden die über 1300 Seiten des Vertrages den Parlamenten in Europa vorgelegt werden. Nicht nur würden Zölle und Steuern durch das Abkommen abgeschafft, sondern auch Mechanismen der Deregulierung in CETA freigesetzt. So komme das europäische Vorsorgeprinzip unter Druck, durch die Harmonisierung von Produkten würden Standards abgesenkt und ein Regulierungsrat umgehe die Parlamente in Kanada und in Europa, sagt Maude Barlow. Und es gehe darum, wie Unternehmen, Lobbyisten und die Bürokratien auf beiden Seiten des Atlantiks in Regulierungsfragen noch vor dem parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren in Zukunft kooperieren sollen. CETA enthält auch neue Investor-Schiedsgerichte, vor denen Staaten von Firmen verklagt werden können, wenn diese ihre Investitionen

und den Profit z.B. wegen schärferer Umweltgesetze, Arbeitsrechtsbestimmungen oder Verbraucherschutzgesetze gefährdet sehen. Es handelt sich dabei um Sonderrechte, die nur ausländischen Investoren zustehen. Und diese Justiz soll unabhängig von den nationalstaatlichen Gerichten existieren.

Atmo PK mit Hotel Lobby

Autor:

Schon heute pflegen Kanada und Europa eine enge Wirtschaftskooperation. Die EU ist nach den USA Kanadas zweitwichtigster Handelspartner: Rund 9,5 Prozent des kanadischen Außenhandels entfällt auf die 28 EU-Mitgliedstaaten, erklärt Minister Gabriel.

Wie bei TTIP bestreiten die Befürworter des Abkommens jedoch energisch, dass durch CETA Umwelt-, Verbraucher- und Arbeitsrechtsstandards verändert würden. Auch das sog. Vorsorgeprinzip, in der EU bisher vertraglich verankert, bleibe unangetastet, heißt es aus dem Kanzleramt und der EU-Kommission. Maude Barlow nimmt einen roten Apfel vom Frühstücksbuffet.

O-Ton Maude Barlow

I debated the other night in Vienna with senior adviser...

Übersetzerin 2

In Wien debattierte ich gerade CETA mit einer hochrangigen Beraterin der österreichischen Regierung. Sie pries das CETA-Abkommen an, weil man dann doch dorthin die schönen EU-Äpfel exportieren könne. Meine Antwort war: Lasst uns tauschen.

Autor:

Sie hält den Apfel hoch:

O-TON

I trade you! We just found out that our government approved the first GMO Apple in British Columbia.....

Übersetzerin 2:

Kanada hat die ersten genetisch veränderten Äpfel für den kanadischen Markt zugelassen - die können die Europäer dann ja sehr gerne zum Essen haben, ich

tausche sie dann gegen den hier.

Autor:

Der heftige Widerstand vieler Bürger gegen TTIP wird nicht zuletzt durch die Gefahren für die Qualität von Lebensmitteln bestimmt: Das berüchtigte „Chlorhuhn“ oder genetisch veränderte Produkte, hormonbehandeltes Fleisch und mit neuen Pestiziden besprühtes Gemüse wollen die meisten Europäer auch in Zukunft nicht haben.

O-Ton Maude Barlow:

They think we are cool! We are not very cool. We went through profound changes the last 25 years.

Autor

Die Kanadier seien schon lange nicht mehr „so cool“, wie viele Europäer glaubten, die sich den Kanadiern näher fühlen als den US-Amerikanern. Kanada habe sich in den vergangenen 20 Jahren - vor allem wegen NAFTA - grundlegend verändert, meint Maude Barlow. NAFTA ist das Freihandelsabkommen, das 1994 zwischen Kanada, den USA und Mexiko in Kraft trat.

Sind ihre Befürchtungen in Sachen CETA berechtigt, kann sie ihre Kritik an Beispielen festmachen?

O-Ton Maude Barlow

“We already can see the downward harmonization...”

Übersetzerin 2:

Wir können jetzt bereits Harmonisierung nach unten im Zuge der transatlantischen Handelsabkommen sehen. Die EU-Kommission ist davon abgerückt, 31 Pestizide zu verbieten. Auch sehr umweltschädliche Teersande aus Kanada dürfen jetzt plötzlich nach Europa eingeführt werden. Was ist der Grund? Sie wollen freundlichere Stimmung im Vorfeld von CETA und TTIP für die Kanadier verbreiten.

Atmos: Schritte / Bienen summen im Lichthof des Bundestages

O-Ton Bärbel Höhn:

Das sind die Bienen aus dem Bundestag - 50 tausend Bienen - die sammeln ordentlich Honig und wir haben im Tiergarten auch sehr viele Pflanzen, das ist alles in ihrem Einzugsbereich - von daher freuen wir uns auf den Bundestags-Honig, den wir hier ernten werden. Warum machen wir das? Wir machen das, das weil wir auch auf die schwierige Situation der Insekten aufmerksam machen wollen. Wir haben einen massiven Verlust an Insekten in den letzten Jahrzehnten gehabt, so von 60 bis 80 Prozent. Das kann man daraus selber auch nochmal realisieren, d.h. die Masse ist nicht mehr da und da leidet die ganze Artenvielfalt drunter.

Autor:

Die grüne Bundestagsabgeordnete Bärbel Höhn ist Vorsitzende des Umweltausschusses und warnt schon seit längerem vor den Gefahren des Freihandelsabkommens CETA. Im Lichthof vor ihrem Büro steht ein handgefertigter Bienenstock aus dunklem Holz.

O-Ton Höhn:

Und da wurde von den Fachleuten sehr deutlich gesagt: Es sind vor allen Dingen die industrielle Landwirtschaft, die ausgeräumten Landschaften, aber auch Einsatz von Pestiziden, zum einen Glyphosat, aber auch Neonicotinoide. Viele dieser Pflanzengifte wirken hormonell, das heißt, die Bienen fallen nicht sofort tot um, aber sie sind desorientiert, sie machen ihre Arbeit nicht richtig, sie sind geschwächt und sterben eben dann an anderen Krankheiten.

Autor:

Bärbel Höhn sagt, dass viele der Wirkungszusammenhänge der Pestizide noch gar nicht genau genug erforscht worden seien. Aber im Gegensatz zum nordamerikanischen Zulassungsverfahren, das chemische Stoffe schnell zulässt und erst dann wieder vom Markt nimmt, falls eine Gefährlichkeit nachgewiesen ist, bestimmt in Europa der Nachweis der Unschädlichkeit, ob z.B. ein Pestizid zugelassen wird. Und Parlamente und Regierungsverantwortliche müssen am Ende eine Entscheidung treffen.

O-Ton Höhn:

Wenn wir jetzt darüber diskutieren, wird Glyphosat jetzt für die nächsten 7, 10 oder 15 Jahre zugelassen, dann hat es natürlich auch damit zu tun, dass z. B. das Freihandelsabkommen nicht gefährdet werden soll. Ähnlich wie z. B. die Sojabauern in Kanada, die jetzt gesagt haben, wir wollen jetzt endlich unseren nächsten Gentechnik-Pflanzen genehmigt wissen. Das heißt: Mir wird im vorausseilenden Gehorsam jetzt schon werden Verbraucherschutzrechte ausgehebelt, die im Rahmen dieser Verhandlungen über das Freihandelsabkommen unter den Tisch fallen.

Autor:

Woher sie das so genau weiß, frage ich Bärbel Höhn. Man müsste sich doch den CETA Vertrag nur anschauen, der bald auch auf Deutsch vorliegt. Allerdings ist es ein komplexes, ausgeklügeltes juristisches Werk, dessen Details nicht ohne weiteres für Laien verständlich sind.

Sprecher:

Der Vertrag

O-Ton-Collage**O-Ton Jürgen Hardt, MDB CDU Außenpolitischer Sprecher**

CETA ist gut für den Verbraucherschutz, weil es dafür sorgt, dass gute Produkte zusätzlich auf den europäischen Markt kommen, die dafür sorgen, dass im Wettbewerb die besten Produkte sich durchsetzen und dass der Kunde mehr Auswahl hat und sich besser entscheiden kann, was er haben will und was für ihn gut ist.

Autor:

Sagt mir Jürgen Hardt, der Koordinator für die transatlantische Zusammenarbeit der Bundesregierung und außenpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion. Er sollte also den Durchblick bei CETA haben.

Eiligen Schrittes kommt der Abgeordnete gerade aus dem Plenarsaal des Reichstages von einer Abstimmung in sein Büro zurück, in seinem Gefolge immer ein Beamter des Außenministeriums. Er sei ganz zuversichtlich, dass CETA im Oktober

ratifiziert werden könne. Die Mehrheiten in Brüssel und Berlin stünden geschlossen für das Abkommen, wie er mir fröhlich erklärt. Er befürwortet, dass über CETA im deutschen Bundestag debattiert und abgestimmt werden soll. Die Sorge von Umwelt- und Verbraucherschützern, dass durch CETA die bisher üblichen Verbraucherrechte unter die Räder kommen, teilt er nicht:

O-Ton Jürgen Hardt:

Bezüglich des Vorsorgeprinzips glaube ich, dass das durch das kanadische Abkommen nicht tangiert wird. Und diese Bereiche sind eben in dem Abkommen mit Kanada klar geregelt. Deswegen ist die Sorge, dass die beiden unterschiedlichen Rechtssysteme - Vorsorgeprinzip hier, Verursacherprinzip dort - dass das in eine Kollusion mit dem deutschen oder europäischen Verbraucherschutz gerät, meines Erachtens unbegründet.

Autor:

Klar geregelt? Die Einschätzung des Göttinger Völkerrechtlers Professor Peter-Tobias Stoll ist dagegen ganz anders. Er hat den CETA-Vertrag eingehend studiert, war als Sachverständiger für internationales Wirtschaftsrecht in den Bundestag geladen und hat für Österreich in einem Rechtsgutachten CETA genau untersucht.

O-Ton Prof.Tobias Stoll, Volks- und Staatsrechtler

Man hört, dass sowohl die Kanadiern als auch die Amerikaner von vornherein gesagt haben, dass Sie das Wort „Vorsorgeprinzip“ in diesen Verträgen nicht sehen wollen. Leider finden wir diesen Gesichtspunkt in den CETA-Übereinkommen überhaupt nicht, und das halte ich in der Tat für besorgniserregend, weil damit von Anfang an der falsche Eindruck entsteht, als ob die Europäische Union auf den Vorsorgegrundsatz verzichten kann.

Autor:

Was bedeutet diese Nicht-Erwähnung genau? Wurde hier nach der Logik verfahren: „Was nicht da ist, kann auch nicht zum Problem werden?“ – ist das Vorsorgeprinzip damit unter den Tisch gefallen? Achselzucken.

Stoll sieht das europäische Vorsorgeprinzip auch durch die so genannte

„wissenschaftlich basierte Zulassung“ unter Druck geraten; dieses Prinzip findet sich unter anderem im Kapitel Bio-Technologie des Vertrags.

O-Ton Tobias Stoll / Völkerrechtler

Man kann sich – und das ist, was man wohl unter „Science Based Regulation“ wohl versteht, vorstellen dass ein sehr strikter Zusammenhang zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und Risikopolitik besteht. Das könnte man sich so vorstellen, dass man sagt: Es wird nur reguliert, was in der Wissenschaft eindeutig als gefährlich angesehen worden ist.

Autor:

Die Industrie findet das vorsorgliche europäische Zulassungsverfahren „zu politisierend“, wie man von den Chef-Lobbyisten der Chemie- und Biotech-Branche immer wieder hört. Auch Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) macht sich dieses Argument in der Debatte zu eigen.

Darüber hinaus macht eine weitere Regelung die Kritiker hellhörig: die geplante regulatorische Kooperation.

O-Ton Maude Barlow:

„As you know CETA contains the regulatory cooperation processes.

Übersetzerin 2:

„Wie Sie wissen, enthält CETA den „regulatorischen Kooperationsprozess“.

Autor:

Die Regulierungszusammenarbeit wird in Zukunft nach dem jetzigen CETA-Vertrag von einer zentralen Stelle, dem so genannten CETA Joint Committee und dem „Regulatory Cooperation Forum“ koordiniert, erläutert Maude Barlow. Und die sind nur mit Vertretern der Executive beider Handelspartner besetzt, die einstimmig entscheiden können. Welche Rolle spielen dann die Parlamente?

O-Ton Maude Barlow

„We have to tell each others - the other trading partners about changes before we even have to tell our own parliamentarians, that's how far this "regulatory cooperation" goes. / It's really important!

Übersetzerin 2:

Bei der Regulatorischen Kooperation werden doch vorab die kanadischen oder EU-Handelspartner informiert, bevor Staaten ein neues Gesetz einführen dürfen und das, noch bevor sie ihre eigenen Parlamente informieren.

Autor:

Europäer könnten dort kaum ihre eigenen Standards erhalten.

Auch Wirtschaftsrechtler Stoll sieht bei der Regulatorischen Kooperation im Vorfeld von Gesetzesvorhaben große Probleme:

O-Ton Tobias Stoll:

Also da haben wir in der Sache sehr konkrete Kritikpunkte geäußert: Auf die es dann auch eine große Reaktion gegeben hat. Wir haben gesagt, dass ein Problem darin bestehen könnte, dass dieser Regulierungsrat einen Beschluss fasst über einer gegenseitigen Anerkennung oder Harmonisierung und dass / dann solche Beschlüsse dann auch unmittelbar verbindlich werden können für die Länder, ohne dass dann zu Hause in Brüssel, noch einmal die Chance besteht, dass die politischen Institutionen, also der Europäische Rat oder das Europäische Parlament, dazu noch mal Stellung nehmen können. Für diese Konstellation haben wir ein großes Problem gesehen. Dann gibt es eine Untergruppe von Fällen, in denen dann eigentlich das EU-Parlament um sein Beteiligungsrecht gebracht werden könnte.

Autor:

Immer wieder weist Stoll darauf hin, dass das Konzept der „Regulatorischen Kooperation“ neu sei, es also keine Erfahrungswerte gebe. Als Jurist erkennt er die vielen rechtlichen Auslegungsmöglichkeiten in den vagen Formulierungen, die in den CETA Vertragstext eingewebt wurden.

Sprecher:

Das Schiedsgericht als Tribunal

O-Ton Pia Eberhardt, CEO:

Wir stehen hier in Berlin vor dem Brandenburger Tor und damit im Herzen des Berliner Regierungsviertels. Gegenüber von der US-amerikanischen Botschaft; die französische Botschaft ist hier direkt neben mir. Um die Ecke befinden sich Büros

von namhaften Kanzleien, die mit Investor-Staatsklagen Geld machen - sei es jetzt „Freshfields“ oder „White and Case“. Es gibt hier Kanzleibüros, da sitzen die Schiedsrichter, die in diesen Klagen Recht sprechen international, und auch das Bundeskanzleramt. Man sieht hier eine beeindruckende Nähe von einerseits Politik, also den EntscheidungsträgerInnen, die diese Klagerechte in internationale Verträge schreiben, und gleichzeitig denjenigen, die davon profitieren, weil sie damit sehr, sehr viel Geld machen.

Autor:

Pia Eberhardt arbeitet für die Antilobby-Organisation CEO und hat sich als kundige Kritikerin der Freihandelsabkommen CETA und TTIP einen Namen gemacht. Wir stehen vor der Tür einer der wichtigen Anwalts- und Lobbykanzleien.

Nordamerikanische Investoren könnten mit Hilfe von Investor-Schiedsgerichten, wie sie bei CETA vorgesehen sind, bald europäische Staaten auf Schadensersatz verklagen, wenn sie die Profite aus ihren Investitionen gefährdet sehen. 40.000 US-Unternehmen mit Handelsvertretungen in Kanada könnten sich bald ebenso wie die kanadischen Firmen auf diese neuen Sonderklagerechte gegen EU-Staaten berufen und umgekehrt könnten die europäischen Firmen dank CETA gegen Kanada klagen.

Autor:

Pia Eberhardt meint, dass gerade die Schiedsgerichte im Vertrag mit Kanada ein spannender Testfall würden. Weil sie so in der öffentlichen Kritik stehen, sah sich die EU-Kommission gezwungen, sie zu reformieren. Dieser Reformvorschlag des „Investor Court Systems“, ICS, ist für Pia Eberhardt eine Art Nagelprobe. Beim alten ISDS-Vorschlag tagten die Schiedsgerichte geheim und die Konfliktparteien beriefen ihre eigenen Schiedsrichter. Auch gab es keine Möglichkeit, das Urteil anzufechten. Das neue Investitionsgerichts-System, kurz ICS, soll öffentlich tagen, zumindest eine Berufungsinstanz haben, und die Richter sollen über hohe „richterähnliche“ Qualifikationen verfügen, wie es von der EU-Kommission heißt.

O-Ton Pia Eberhardt

Es gibt im EU-Vorschlag tatsächlich eine Reihe von Verbesserungen: Die Verfahren werden transparenter werden. Es wird ein Berufungsmechanismus eingeführt, die Schiedsrichter, die die Klagen entscheiden, werden etwas anders ernannt. Es sind

prozedurale Verbesserungen, an den Risiken dieses Systems, aber für die Demokratie oder für uns Steuerzahler, für die Möglichkeit des Bundestages Umweltgesetze zu erlassen usw. wird sich aber nichts ändern.

Autor:

Anstatt dass die beiden Streitparteien die Schiedsrichter selbst benennen, werden sie jetzt von der EU und Kanada ausgewählt und auf eine Liste gesetzt. Aber es werden weiterhin Wirtschaftsanwälte, die auf Honorarbasis arbeiten, also keine festangestellten Berufsrichter sein.

Bei 3.000 Euro Honorar am Tag für die Richter und die hohen Anwaltskosten von durchschnittlich 8 Millionen Euro pro Verfahren wird man wohl auch in Zukunft die Ausgaben nicht in den Griff kriegen. Dieses erneuerte Schiedsgerichtssystem schaffte es in letzter Minute in den Vertragsvorschlag. Kanada hätte gerne auf die Schiedsgerichte komplett verzichtet, erklärt man mir in der Kanadischen Botschaft. Der Grund: Kanada ist die Industrienation, die nach dem NAFTA-Abkommen bisher am häufigsten verklagt wurde. Das kostete den Staat bisher 200 Million Dollar Schadenersatz und 45 Million Dollar Anwaltskosten, weitere Klagen in Höhe von 4 Milliarden werden noch verhandelt: Aber warum stimmt die kanadische Regierung dann jetzt doch zu? - frage ich die Handelsministerin:

Atmo: PK: Peter Kreysler, Deutschlandfunk: Dear Minister Freeland: Why do you agree to have a new ISDS system in CETA ?

O-Ton Freeland:

Yes Thank you for the question. It's easy to build imaginary castles in the skys, but this is so much better than anything what exist....

Übersetzerin 1

Es ist doch einfach, sich schöne Luftschlösser vorzustellen, aber wir verhandeln hier reale Abkommen zwischen G7-Staaten. Das Investitions-Kapitel in CETA ist gut und so viel besser als alles, was bisher existiert!.... Sie brauchen jetzt gar nicht so skeptisch zu schauen und ihr Gesicht zu verziehen.

Autor:

Dass man auf derartige Schiedsgerichte verzichten kann, beweist Australien - das

Abkommen mit den USA enthält sie gar nicht. Der Grund: es kostet zu viele Steuergelder. Der CDU-Abgeordnete Jürgen Hardt begleitet seit Jahren die Verhandlungen für das Berliner Kanzleramt:

O-Ton Jürgen Hardt:

Man hat damit dann Erfahrung gemacht, dass es jetzt falsch gewesen, ein solches Schiedsverfahren in einem der über 130 Handelsabkommen einzubauen, deswegen war es im Grunde logisch, einen solchen guten, bewährten Mechanismus auch in einem Handelsabkommen mit Kanada oder den USA mit einzubauen und ich kann mir schon vorstellen, dass auch die deutsche Regierung in Brüssel gesagt hat: Das gehört mit zum Sortiment. Dass das dann solch eine Aufmerksamkeit erlangt, hat ja leider damit zu tun, dass halt so viel Unwahres erzählt wird. Was jetzt vorgesehen ist, da wird es nicht zu exorbitanten Gerichtskosten oder Verfahrenskosten kommen.

Autor:

Unwahres? Kennt er die neuen ICS Gerichts-Kostensätze?

O-Ton Jürgen Hardt; MdB, CDU

Ich kenne jetzt die Gebührenordnung dieses neuen Schiedsgerichts im Rahmen des CETA-Abkommens nicht. Das ist das geringste Problem bei diesem Thema.

Autor:

Also bekommen in Zukunft die Schiedsrichter ein normales Richter Gehalt und sind festangestellt, wie es bei internationalen Gerichtshöfen üblich ist?

Matthias Machnig ist Staatssekretär im Bundes-Wirtschaftsministerium, er weiß mehr und nach mehrmaligem Nachfragen bekomme ich auch eine Antwort:

O-Ton Machnig:

Wir haben Tagessätze festgelegt, was Richter kosten und das sind kalkulierbare Größenordnungen von 4.000 Dollar oder Euro pro Sitzungstag! Das hält sich sozusagen noch in Grenzen: Anwaltskanzleien rufen ganz andere Beträge auf - ein Vielfaches von dem.

Autor:

Das sind genau die Kostensätze, die Schiedsrichter im alten Verfahren auch schon verdienten. Auf die Frage, ob denn so die Kosten begrenzt sein, bleibt der Staatssekretär lieber allgemein:

O-Ton Machnig

Wir wollen nicht, dass Geschäft gemacht wird mit solchen Verfahren, sondern wir wollen, dass Rechtsprechung stattfindet.

Autor:

Zu den Kosten für die Steuerzahler zählen aber nicht zuletzt die Entschädigungen an die Unternehmen und die sehr hohen Anwaltsrechnungen. So muss Australien jetzt 50 Millionen Dollar Anwaltskosten zahlen, obwohl Australien den 4-jährigen Prozess gegen den Tabakkonzern Philip Morris gewann. Die 3 Schiedsrichter brauchten 4 Jahre, um zu entscheiden, dass der Fall dann doch wegen einer Formalie abgewiesen werden müsse. Gibt es Möglichkeiten, die Kosten für die Staaten, d.h. die Steuerzahler zu begrenzen, frage ich Jürgen Hardt:

O-Ton Jürgen Hardt:, MdB

Das ist aber natürlich eine Art von Schiedsverfahren, wie wir das weder für CETA noch für TTIP anstreben. Also das was jetzt vorgesehen ist seitens der Europäischen Kommission hat ja einen gänzlich anderen Charakter - da wird es nicht zu so solchen exorbitanten Gerichts- oder Verfahrenskosten kommen.

Autor:

Werden die Richter, die in diesem neuen System Recht sprechen sollen, tatsächlich so unabhängig sein wie es die EU-Kommission verspricht? Bisher urteilten in 60 Prozent der Fälle die Richter zugunsten der Firmen und gegen die Staaten, wie eine Studie der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen, UNCTAD von 2015 belegt.

O-Ton: Pia Eberhardt:

Wenn man in den Vorschlag hineinschaut, findet sich da zum Beispiel gar kein Gericht! (Lacht) Also für CETA oder TTIP selbst wird kein Investitionsgericht

vorgeschlagen, sondern ein Tribunal, eine Liste von 15 Personen, und der Deutsche Richterbund hat selbst gesagt, das hat wenig mit einem Gericht zu tun. Hier wird ein „Permanentes Schiedsgericht“ vorgeschlagen:

Autor:

Jeder Wirtschaftsanwalt, der als Richter in einem Fall berufen wird, so eine CEO-Studie von 2012, verdient pro Fall rund 1,5 Millionen Euro.

O-Ton Pia Eberhardt:

Es ist ganz klar: In den letzten zwei Jahrzehnten ist der Markt für Investor-Staats-Klagen wirklich explodiert. Wir haben einen rasanten Anstieg von Klagen. Auch die Klagesummen explodieren: Da geht es jetzt nicht mehr um ein paar Millionen, sondern eben auch um Schadensersatzsummen bis zu 50 Milliarden US-Dollar, die schon erteilt wurden. Anwälte verdienen um die 1.000 US-Dollar pro Stunde in einer solchen Klage. Also in diesem Feld lässt sich richtig viel Geld verdienen und deshalb gibt es auch ein großes Interesse der Schiedsindustrie, dass die Klagen weiter kommen. Und die Klagen werden vor allem dann weiter kommen, wenn mehr und mehr Staaten weltweit Verträge unterzeichnen, dann lässt sich natürlich nochmal richtig viel Geld machen, also weil das sind Staaten, die haben das Geld, um sie melken zu können. Deshalb sind für mich die Prozessfinanzierer eigentlich einer von vielen Hinweis darauf, wie immens das Klagerisiko in den nächsten Jahren steigen wird und das ist wirklich eine glasklare Warnung für Staaten, die Klagerechte eben nicht weiter zu erteilen.

Atmo Straßen New York

Autor:

„Prozessfinanzierer“? Das war für mich ein neuer Begriff in dieser Auseinandersetzung. Ich fliege nach New York, um mehr über ihre Rolle und Funktion herauszufinden.

Auch in den USA wird dieser rasante Anstieg von teuren Schiedsgerichtsfällen mit Sorge beobachtet.

Können ‚Frustrationen‘ – wie es heißt - eines Investors, der ja in jedem Geschäft

auch mit einem Risiko rechnen muss, ein Grund sein, die Steuerzahler in Haftung zu nehmen? Und wie berechnen sich präzise zukünftige Gewinne? Der CETA-Text enthält keine Antworten darauf.

Autor:

Vom Nordatlantik zieht eine Sturmfront über die Stadt.

Mit Regenschirm und Gummistiefeln eilt die junge Rechtswissenschaftlerin Lise Johnson durch die Pfützen des altherwürdigen Columbia-Campus und öffnet ihr Büro.

O-Ton: Lise Johnson Columbia University

„Some Studies have shown...“

Übersetzerin 1:

Studien zeigen, dass es nicht davon abhängt, wie gut oder schlecht das Rechtssystem eines jeweiligen Landes ist, das vor einem Investor-Schiedsgericht verklagt wird. Sondern: Es hängt nur davon ab, wie viele Freihandelsverträge das Land abgeschlossen hat. Heute sind die meisten Handelsabkommen mit armen Ländern abgeschlossen; das dadurch abgedeckte ausländische Investment ist zur Zeit noch vergleichsweise gering. Das ändert sich gerade dramatisch: Die USA verhandeln unter anderem TTIP mit Europa und China. Wir rechnen dadurch mit einer Zunahme von über 80 Prozent dieser Fälle. Es wird bald Klagen und harte Verluste für alle Staaten geben, auch für die USA.

Autor:

Die Wolkenkratzer der Banken und schicken Anwaltskanzleien an der 5th Avenue verschwinden gänzlich in den tiefhängenden grauen Regenwolken.

Ich will zu „Fulbrook Capital Management“, dem größten Schiedsgerichts-Prozess-Finanzierer der Welt. Sein Erfinder und Gründer ist Selwyn Seidel. Er hat aus der Idee, Staaten zu verklagen, eine milliardenschwere Geschäftsidee entwickelt.

Um mit ihm zu sprechen, muss man hoch hinaus. Der Fahrstuhl rast in den 36. Stock. Im großzügigen Entrée der Kanzlei verlieren sich die rauen Eindrücke des Großstadtlebens schnell. Der Blick auf New York ist von hier oben seltsam entrückt. Es war ein guter Tag für Selwyn Seidel, als Australien sich entschloss, Raucher mit

Schock-Bildern auf Zigarettenpackungen vom Rauchen abzuhalten. Als in der japanischen Stadt Fukushima das Kernkraftwerk havarierte, versprach auch das gute Profite. Und als Bolivien die Privatisierung des Trinkwassers rückgängig machte, nützte das ebenfalls Seidels Geschäftsmodell. Immer wenn Staaten z.B. Gesetze ändern, weil die Bevölkerung nach mehr Schutz verlangt, ist Fulbrook zur Stelle. Seidel hilft nämlich, Klagen gegen Staaten zu finanzieren.

Atmo ...it's like the „Le drois sans frontiere

Übersetzer 1:

Wir sind die „Anwälte ohne Grenzen“, so wird es werden. Überall in der Welt könnten Staaten von Firmen verklagt werden.

Autor

Er verdient besonders viel mit Klagen im Rohstoffsektor. Oft können Regierungen die massiven Umweltverschmutzungen, die z. B. durch den Gold- oder Ölabbau entstehen, nicht weiter tolerieren und entziehen Firmen die Förderlizenz. Dann schlägt die große Stunde der Prozess-Finanzierer von Fulbrook.

Atmos: Fulbrook Kanzlei Schritte, Stimmen

Autor:

Selvyn Seidel und sein Kollege Stein haben sich bereits im schicken Konferenzraum eingefunden und diskutieren angeregt neue Geschäftsmodelle.

O-Ton Selvyn Seidel

„I am gonna bet on this case...“

Übersetzer 1:

Auf den Ausgang der Schadenersatzklagen könnten wir auch noch wetten und damit weitere Spekulation ermöglichen.

Autor:

Neue Finanzprodukte verwandeln die Schadenersatzklagen in Wertpapiere für die Finanzmärkte. Banken, Versicherungen, Investmentfonds, aber auch wohlhabende Privatleute können sie erwerben.

Atmo Lachen (Seidel)

Autor:

Beide Herren haben das Pensionsalter überschritten. Seidel ist 74, wie er sagt. Sie wirken in ihrer kindlichen Begeisterung allerdings wie zwei Jungs, die sich diebisch freuen, wenn sie sich mal wieder einen neuen Streich ausgedacht haben.

Der Wirtschaftsanwalt Seidel hat jahrzehntelang selbst als Richter in Schiedsverfahren gearbeitet. Nach seiner Pensionierung hatte er eine zündende Idee: Prozess-Finanzierung. Seine Firma Fulbrooke Capital Management hat zwar nur 7 festangestellte Mitarbeiter, aber dafür umso mehr Umsatz:

O-Ton Anwalt Seidel

„We have funded perhaps 2,5 to 3 Billion Dollars claims....

Übersetzer 1:

Im vergangenen Jahr hat Fulbrooke Management allein Klagen in Höhe von 3 bis 2,5 Milliarden Dollar finanziert. Bulford hat eine halbe Milliarde Dollar, die sie verwaltet, sie sind die Zweitgrößten in der Branche.

Autor:

Seidel erklärt mir, wie das Geschäftsmodell genau funktioniert. Er versteht sich nur als „Makler“, als Mittelsmann, der zwischen einem angeblich vom Staat geschädigten Unternehmen und einem Investor, der mit der Klage Geld verdienen will, vermittelt. Das Risiko sei enorm - der Gewinn ebenso, schmunzelt er.

O-Ton Seidel

„There are locking for a return on there investment 3 or 4 ...

Übersetzer 1:

Wird der Fall in einem Jahr entschieden, gibt es dann das 5fache des bereitgestellten Geldes. Wenn das Tribunal länger braucht als 3 Jahre, bekommt der Investor das 7fache und zusätzlich 5 Prozent der Entschädigungssumme, die der Staat zahlt. Also die Leute, die durch uns diese ISDS-Prozesse finanzieren wollen, bekommen sehr viel Geld für ihr Investment zurück.

Musik

Autor:

Selyn Seidel nimmt einen spitzen Bleistift und rechnet das am Beispiel der Vattenfall-Klage einmal durch: Deutschland wird wegen des Atomausstiegs von Vattenfall auf Schadenersatz von 4,7 Milliarden verklagt. Aber Seidel rechnet lieber konservativ, also rechnet er mit einer geringen Schadenersatzzahlung von 1,4 Milliarden. Die Anwaltskosten dieses Verfahrens werden sich am Ende vermutlich auf 8 Millionen Dollar belaufen. Nach Seidels Modell bekäme der Geldgeber vom deutschen Steuerzahler 56 Millionen Dollar für die Vorfinanzierung der Anwaltskosten und weitere 70 Millionen von der 1,4 Milliarden umfassenden Schadenersatzsumme. Das macht bei einem Einsatz von 8 Millionen einen Gesamtgewinn von 118 Millionen Dollar, aber natürlich nur dann, wenn Vattenfall den Fall nicht am Ende doch noch verliert.

Fragt man Seidel nach der moralischen Dimension seines Handelns, erntet man nur ein Achselzucken.

O-Ton Seidel:

“The mechanisms ICS just facilitate that...”

Übersetzer 1

Deswegen sind ja diese ICS-Verträge so perfekt für uns: Natürlich müssen die Länder die Umwelt, die Gesundheit ihrer Bürger schützen, aber wenn sie dabei einen Investitionsvertrag brechen, dann kann man nur sagen: Tja Pech gehabt - dann müssen sie dafür eben zahlen.

O-Ton Klaus Mindrup MdB / SPD:

Ich muss jetzt gucken, was ich jetzt sage, damit ich nicht verhaftet werde. (lacht...)

Ich bin Klaus Mindrup und wir sitzen hier im Deutschen Bundestag. Ich bin bei dem Vattenfall-Case ausgesprochen alarmiert.

Autor:

Seit längerem versucht der SPD-Bundestagsabgeordnete Details über das geheime Vattenfall-Verfahren herauszubekommen.

Am Beispiel der 1994 verbindlich abgeschlossenen internationalen Energie-Charta macht Klaus Mindrup klar, wie gefährlich es ist, Verträge zu unterschreiben, die mit

dem deutschen oder europäischen Recht kollidieren.

O-Ton Klaus Mindrup, MdB

Es gibt sozusagen ein Dilemma für die Bundesregierung: Es gibt ganz klare rechtsstaatliche Traditionen bei uns, dazu gehört, dass die Bürger Akteneinsicht nehmen können. Gleichzeitig hat man die Energie-Charta unterschrieben und danach muss absolute Verdaulichkeit gewahrt werden für das Verfahren. Entweder soz. wird man „verknackt“ auf dem Schiedsgericht, weil man im Prinzip eine Öffentlichkeit hergestellt hat, die man danach nicht hätte herstellen müssen, oder umgekehrt: Wir stellen die Öffentlichkeit nicht her und verstoßen damit gegen unsere demokratischen Grundsätze. ...Letztendlich ist das Ganze, aus meiner Sicht, politischer Wahnsinn.

Sprecher:

Die Ratifizierung von CETA

Atmo/ PK Frage der Journalisten:

Ich bin Krüger von der TAZ, ich würde gerne wissen, wann findet der SPD-Konvent zu CETA statt und was passiert, wenn die SPD-Delegierten gegen CETA sind?

Minister Gabriel:

Der Konvent wird stattfinden, bevor wir im Handelsministerrat entscheiden, und ich bin mir sicher, dass wir eine Mehrheit bekommen.

TAZ:

Und wenn nicht? Haben Sie keinen Plan B?

Minister Gabriel:

Brauche ich ja nicht - da ich ja Plan A durchsetze.

O-Ton Matthias Miersch, SPD / Sprecher Parlamentarische Linke

Nach meiner Einschätzung bringt es überhaupt nichts, hier mit dem Kopf durch die Wand zu gehen.....Ja es ist ein ganz komplexes Verfahren mit ganz vielen Fragen und die Grundfrage ist: Nimmt Politik das wahr, was wir hier gerade in Deutschland spüren, dass viele Menschen sich Gedanken machen über freien Handel, über gerechten Handel, über fairen Handel.

Autor:

Der Bundestagsabgeordnete Matthias Miersch ist Sprecher der sozialdemokratischen „Parlamentarischen Linken“. Bei der CETA-Ratifizierung kommt der SPD eine besondere Rolle zu. Sie muss eine Mehrheit im Bundestag, aber auch eine im EU-Parlament sichern. Inzwischen gibt es bei Teilen der SPD ein Bewusstsein für die drohenden Gefahren durch das Abkommen. Matthias Miersch weiß, dass die Positionen innerhalb der SPD weit auseinander liegen:

O-Ton Matthias Miersch, MdB/SPD :

Ich bin ganz stolz drauf, dass die SPD sowohl in dem Konvents-Beschluss sehr deutliche und sehr gute Beschlüsse gefasst hat. Nämlich das wir sagen: Wir lehnen diese Art von Verträgen nicht grundsätzlich ab, aber wir haben so genannte „rote Linien“. Und diese roten Linien betreffen zum Beispiel den Verbraucherschutz, aber auch Arbeitnehmerinnenrechte und alle diese Dinge, die haben wir Schwarz auf Weiss niedergelegt und jetzt muss man diese Beschlüsse, sehr, sehr ernst nehmen.

Autor:

Dabei ist der Ratifizierungsweg von CETA noch gar nicht endgültig geklärt. Noch erwägt die EU-Kommission, dass CETA ein „einfaches Abkommen wird“, das hieße: nur das EU-Parlament und nicht die Parlamente in den Mitgliedstaaten dürfen darüber abstimmen. Viele EU-Länder wollen das allerdings nicht, wie beim letzten EU-Gipfel der Handelsminister im Mai 2016 deutlich wurde.

Der Freihandelsexperte Jürgen Maier vom Forum Umwelt und Entwicklung sieht auch angesichts der heftiger werdenden Kritik vieler Bürger manche Unwägbarkeiten:

O-Ton Jürgen Maier, Forum Umwelt und Entwicklung:

Der Prozess ist hochgradig kompliziert und das ist eigentlich überraschend, er ist in Teilen auch gar nicht richtig geregelt. Was der Rat auch noch beschließen kann, ist eine vorläufige Anwendung, Das bedeutet: Er beschließt im Vorgriff, dass er das Abkommen schon mal anwendet. Das hat es in der Vergangenheit immer wieder gegeben, das war auch bisher kein Problem, weil irgendwann hatten alle 28 ratifiziert. Was aber passiert, wenn ein Land oder auch mehrere Länder anschließend diese Ratifizierung nicht vornehmen? Weil es nicht klappt. Man weiß es einfach nicht.

Autor:

Und was weiß Lutz Güllner von der EU-Generaldirektion Handel über die CETA-Ratifizierung?

O-Ton Lutz Güllner EU-Generaldirektion Handel

Ja bei einigen Bereichen betreten wir auch etwas Neuland und hatten die Situation noch nicht. Wenn dann im Ratifikationsprozess eines der EU-Mitgliedsstaaten soz. die endgültige Ratifizierung nicht durchführt, na ja, dann muss man genau sehen, was das bedeutet. Ich weiß nicht, welchen Mechanismus oder wie das genau geklärt werden könnte, wir reden ja im Hypothetischen. Ich könnte jetzt als Optimist erstmal sagen, wir gehen auf die vorläufige Anwendung und dann sehen wir weiter.

Autor:

Und machen dann was? Ganz wohl scheint dem Sprecher bei der EU-Generaldirektion Handel bei dem Gedanken nicht zu sein.

O-Ton Güllner

Vielleicht um noch mal einen Punkt zu machen, der mir ganz, ganz wichtig ist: Es gibt keine Anwendung irgendeines Handelsabkommens, wo das europäische Parlament noch nicht vollkommen zugestimmt hat.

Autor:

Zur Zeit sieht es so aus, als würden einige Länder die CETA-Ratifizierung verweigern: Der Göttinger Völkerrechtler Till Patrik Holterhus sieht für diesen Fall keinen Interpretationsspielraum in den EU-Verträgen:

O-Ton Dr.Till Patrik Holterhus:

Wenn jetzt eine dieser Vertragsparteien das Abkommen nicht ratifiziert, so kann CETA nach den Regeln des Völkerrechts im Grunde in der ausgehandelten Form nicht in Kraft treten. Lehnt ein EU-Mitgliedsstaat als Vertragspartei das Abkommen endgültig ab, so wirkt sich dies auch auf eine bereits auf der Ebene der EU beschlossene vorläufige Anwendung des Abkommens aus. Nach dem Völkerrecht endet die vorläufige Anwendung eines Abkommens nämlich

grundsätzlich mit dem Zeitpunkt, in dem klar ist, dass eine Partei dem Abkommen nicht mehr zustimmen wird.

Atmo: Brüssel Verkehr / Schritte zum Cafe

Autor:

Auch im Europa-Parlament regt sich Unmut.

O-Ton Martin Häusling, MdEP

Ich glaube, dass man sehr wohl in Brüssel das Risiko kennt, dass es irgendein Nationalstaat ablehnen wird, oder ein nationales Parlament. Deswegen versucht man ja diese Trickereien, das kann man ja nicht anders bewerten. Man versucht, durch die Hintertür ein Abkommen in Kraft zu setzen, wo man weiß, die Mehrheiten sind dafür nicht gewiss.

Autor:

Der Sprecher des Agrarausschusses Martin Häusling war selbst Milchbauer. Reihenweise sieht der Grünenpolitiker kleine Familienbetriebe in seiner hessischen Nachbarschaft wegen der niedrigen Milchpreise kaputt gehen. Stattdessen kommen Großbetriebe, die ganz auf die industrialisierte Landwirtschaft setzen, erzählt er. Für Häusling gehören Freihandelsabkommen wie CETA und TTIP ins vergangene Jahrhundert.

O-Ton Häusling

Da verhandelt eine Gruppe von Bürokraten hinter verschlossenen Türen und legt das einem Parlament vor. Die Parlamente müssen in die Entscheidungen mit einbezogen werden! Auch der Bürger muss da mitdiskutieren können und nicht nur die Wirtschaftsverbände im Vorfeld gefragt werden. Also: Und man sieht ja auch, wie stark solche Abkommen in die Lebenswirklichkeit jedes Einzelnen eingreifen oder auch die gesetzgeberischen Funktionen von Parlamenten verändern können, deshalb passt es nicht mehr rein.

Es gibt keine – meiner Meinung nach – nicht einen Widerstand gegen Handel, es geht gegen die Form des Handels. Es geht gegen eine Politik, die meint: Immer

weitere Liberalisierung wäre ein Fortschritt.

Musik/Atmo

Absage:

„Goldstandard“ oder Etikettenschwindel?

Das Ringen um das europäisch-kanadische Freihandelsabkommen CETA

Ein Feature von Peter Kreysler

Sie hörten eine Produktion des Deutschlandfunks 2016.

Es sprachen: Stephan Schad, Sigrid Burkholder, Walter Gontermann, Claudia Mischke und Thomas Lang

Ton und Technik: Wolfgang Rixius, Gunther Rose und Angelika Brochhaus

Regie: Matthias Kapohl

Redaktion: Karin Beindorff